2023 Nr. 1

Editorial

In dieser Ausgabe haben wir versucht das Phänomen „Framing“ in der politischen Kommunikation zu analysieren und besser zu verstehen.

Es soll auch ein Ansatz sein, die aktuelle Spaltung in der Gesellschaft zu überwinden.
●WHA

Liberale Senioren Baden-Württemberg
LSI AKTUELL
Informationen der Liberalen Senioren Initiative Baden-Württemberg e.V.

Schwerpunktthema: Framing

Eigentlich ist der Framing-Effekt so alt wie die Welt. Und er wird nicht nur in der Politik genutzt - obwohl er dort in den letzten Jahren eine steile Karriere hingelegt hat. Beim Framing geht es um die Art und Weise wie Fragen gestellt werden. Aber auch wie etwas dargestellt wird, und auch wie wir darauf reagieren. Wir wenden den Effekt in vielen Bereichen unseres Lebens bewusst oder unbewusst an. Beispiel: Jemand braucht eine Operation. Hier könnte ein Mediziner durch Framing, also die Art wie er redet bzw. den Satz formuliert einerseits Mut machen. Und je nachdem was er sagt, könnte er den Patienten aber auch in Unruhe versetzen. Im Marketing wird der Framing Effekt bewusst angewendet. Denn hier soll der Kunde von bestimmten Vorteilen der Marke überzeugt werden. So ist es auch in der Politik.

Das WIR ist wichtig
Das sind Wir

FN Framing News

Deutschland für alle
Denn wir sind Deutschland

Auf die richtige Haltung getestet. Denn wir sagen was ist - nicht was sein soll.

99% aller Wissenschaftler bestätigen in neuesten Studien

Klimaleugner gefährden uns alle

Freiheit und Technologie-Offenheit sind Begriffe für die Floskelwolke

Wer nicht gendert, hat ein 100 mal höheres Covid-Risiko

98% der Neuinfektionen passieren bei ausgewiesenen EU-Hassern

Interview mit der Vorsitzenden der Expertenkommission und Mitgliedin des Ethikrates Prof. Dr. harvad. mult. Richtigdenkerix:

„Falschdenker sollte man in Umerziehungslager stecken.“

Satirisches Cartoon als Annäherung an ein komplexes, ernstes Thema

Framing Übersetzungshilfe

Die Wissenschaft: Wissenschaftler, die das Narrativ der Regierung stützen und/oder auf deren Lohnlisten stehen.

Schwurbler: Wissenschaftler und andere, die das Narrativ der Regierung infrage stellen.

Leugner: Kritiker

Rechtsruck: Linke sind irgendwo abgewählt worden

Umstritten: Person des öffentlichen Lebens, die nicht auf Linie ist

Rundfunkbeitrag/ Demokratieabgabe: Zwangsgebühren

Angebotsorientierte Energieversorgung: Stromabschaltungen

Mobilitätswende: Abschaffung privater Autos

Sondervermögen: 100 Milliarden Euro neue Schulden

Framing-Sprache in Politik und Medien

Klartext oder politisch korrekt?

Schönfärberei hieß es früher, sogar von Schönreden wurde gemutmaßt. Wer es gehoben-akademisch ausdrücken wollte, rettete sich in Euphemismen. Heute wird von Framing gesprochen, wenn es gilt, unangenehme Fakten zu verschleiern, unliebsame Entwicklungen auszublenden oder Andersdenkende zu diffamieren. Das gewünschte Gedankengut muss schließlich dem Leser oder Bürger verkauft werden, vor allem im politischen Umfeld jedweder Couleur. Die eigene Denkweise prägt folglich die eigene Sprache.

Ganz so neu wie der Begriff des Framing suggeriert, ist dieses Vorgehen allerdings nicht, wie der Verleger und Autor Dirk Ippen im Oberbayerischen Volksblatt belegt. Mit der Verpflichtung zur „Nibelungentreue“ schickte das deutsche Kaiserreich Millionen junger Männer in den ersten Weltkrieg und damit oft in den Tod. Mit dem „antifaschistischen Schutzwall“ kaschierte die DDR die Tatsache, das am Tag tausende Menschen dem kommunistischen Alltag entflohen sind. Von wegen Schutz vor Nato-Angriff und aggressivem West-Regime!

Und erst jüngst werden Bürger mit dem Hinweisgeberschutzgesetz nach EU-Willen ermutigt, Aussagen oder Taten zu melden, die den Staat unterhalb der Strafbarkeitsschwelle delegitimieren. Was die Grünen in Nordrhein-Westfalen zur allgemeinen Aufforderung bewog, der Bürger möge unangemessenes Handeln anonym melden, also denunzieren. Und will dafür Anlaufpunkte einrichten. Was immer den Staat delegitimiert, mag Auslegungssache sein. Ein Schelm, der schlecht darüber denkt.

Das alles ist jedoch nichts gegen die aktuelle sprachliche Aufrüstung in Politik und Gesellschaft. Sie ist eine Meisterleistung ideologisch-linientreuer Verbrämung. Fakten werden bis zur völligen Beliebigkeit – sprich bis zur Substanzlosigkeit - vernebelt. Denn dadurch lässt sich nicht nur Stimmung machen, sondern zugleich das Denken und sogar das Handeln steuern. „Diffuse Wolken erreichen den Kopf, vernebeln das Gehirn und lassen den Geist wegrutschen“, befürchtet denn auch der Journalist Mario Thurnes.

Tatkräftige Vorreiter waren die Grünen. Um den Deutschen den Appetit auf unliebsame Produkte aus anderen Ländern zu verderben, erfanden sie das Chlorhühnchen als abschreckendes Beispiel – was sie vermutlich nicht hindert, in chloriere Schwimmbecken zu steigen. Und sie verteufeln mit dem Genmais im selben Zug undifferenziert ein ganzes Technikfeld. Dessen Bekämpfung empfindet selbst die Biologin und Nobel-Preisträgerin Christiane Nüsslein-Vollhard als „wahrlich absurd“. Tragen doch moderne Gentechniken in hohem Maße dazu bei, Agrarprodukte in guter Qualität und ausreichender Menge auf möglichst geringer Fläche zu erzeugen. Der Einsatz von Insektiziden und Düngemittel geht dadurch stark zurück.

Sondervermögen sind nichts anderes als Schulden

Sprachliche Beschönigung betreiben – leider aus unserer Sicht – auch die Freien Demokraten. Die Aufnahme von Hunderten von Milliarden Schulden außerhalb des normalen Haushalts haben sie als Sondervermögen verkauft. Sondervermögen? Auch wenn der Zweck die Mittel heiligen mag, da es zur nötigen Ausstattung der Bundeswehr und zur Hilfe in Zeiten der Energiehöchstpreise eingesetzt wird – die Milliarden sind schlicht und einfach Schulden und sollte auch als solche genannt werden. Ähnlich verdummend ist der Begriff der Freiheitsenergie für den geplanten dramatischen Ausbau der Windenergie. In windarmen Gebieten wie in Baden-Württemberg ist er

Framing-Sprache in Politik und Medien

nicht nur wirtschaftlich unsinnig, sondern verdeckt zugleich, dass hinter jedem Windrad ein teures Gaskraftwerk stehen muss, um auch bei Dunkelflaute Haushalte, Wirtschaft und E-Flotte in Schwung zu halten.

Nicht minder irreführend ist das neue Bürgergeld. Es unterstützt Personen, die für ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft aufkommen können. Was aber suggeriert der Name Bürgergeld? Dass es sich um den Normalfall für den Bürger handelt, nicht allein um Hilfe in der Not. Nicht umsonst wittern Kritiker dahinter ein Tauschgeschäft im Sinne von Belohnung für den Staatsgehorsam, das teuer werden könnte.

„Die fürsorgliche Bevormundung des Bürgers durch den Staat kann ..... mit großer Zustimmung rechnen“, vermutet die Neue Zürcher Zeitung mit Fug und Recht.

Ebenso verführerisch klingt nicht für wenige das Versprechen einer Gaspreisbremse. Diese Wortschöpfung ist ein falscher Freund, wie die Franzosen trügerische Begriffe nennen. Preise ergeben sich aus nichts anderem als Angebot und Nachfrage. Hier handelt es sich vielmehr um reine Subventionen für Verbraucher und Unternehmer, um die exorbitant gestiegenen Energiekosten abzumildern. Ob diese Subventionen allerdings den erhofften Erfolg haben, ist zu bezweifeln. Nicht nur dürfte die Nachfrage dank gesenkter Kosten für die Verbraucher steigen, sondern auch die Gewinne, die die Energieversorger einstreichen.

Damit kommen wir zu dem angeprangerten Übergewinn, dessen Abschöpfung Bundeskanzler Scholz und Wirtschaftsminister Habeck ins Spiel gebracht und in eine Gesetzesvorlage gegossen haben. Das Wort allein suggeriert schamlose Ausbeute, die die Umverteilung hin zum Bürger gebietet. Spricht doch selbst Habeck von „Schweinegeld“, das die Energieversorger machen. Und in der Tat, das Merit-Order-System hat unter anderem den Windenergieproduzenten ebenso märchenhafte wie unverdiente und unverhoffte Gewinne beschert. Denn der Strompreis richtet sich nach der teuersten gerade noch unverzichtbaren Erzeugungsform. Und das sind nun mal die von den Grünen als Versorgungsgrundlage gedachten Gaskraftwerke, nicht das Windrad oder gar das AKW.

Übergewinne gab es freilich schon immer. „Der Gedanke, auf Gewinne, die besonderen Marktkonstellationen zu verdanken sind, einen verstärkten steuerlichen Zugriff zu nehmen, ist fast so alt wie die von Adam Smith angestoßene moderne Nationalökonomie“, schreibt der emeritierte Professor Dr. Siegfried Franke. Allerdings sei es nicht einfach, den steuerlich relevanten Gewinn festzustellen. Dabei gäbe es hinreichend kreative Gestaltungsfreiräume. Und der Fachmann für Wirtschaftspolitik und Öffentliches Recht kann es sich nicht verkneifen nachzufragen, ob diese Abschöpfung nicht auf jene Geschäftemacher gleichermaßen anzuwenden sei, die zu Coronazeiten horrende Gewinne für die Vermittlung von Masken einstreichen konnten.

Die Medien sind nicht besser als die Politiker

Bleibt nur die Hoffnung, dass die Medien sich als Korrektiv für diese Sprachentwicklung verstehen. Vergebens. Sie sind in keiner Weise besser als die Politiker. Das zeigte sich besonders in der Corona-Krise. Unkritisch gaben sie Mutmaßungen als objektive wissenschaftliche Erkenntnis aus, Fakten wurden ungeprüft verbreitet, Ängste in Kommentaren gar bewusst geschürt. So gerieten Ungeimpfte in eine Art Hexenjagd, weil Geimpfte vermeintlich nicht ansteckend waren, eine glatte Fehlinformation. Und es wurde, je nach eigener Einstellung, mal dieser oder jener Virologe als Beleg für die eine oder andere Meinung herangezogen. Von Neutralität keine Spur.
Besser kommen dagegen radikale Kleber und entfesselte Krawallmacher weg, Leute, „die blockieren, was zerstört“ (Luisa Neubauer(, also Kraftwerke, Straßen, Pipelines und Flughäfen. Sie werden als Klimaaktivisten verharmlost, als ob ein Angriff auf Energieversorgung und Infrastruktur eines ohnehin gebeutelten Staates eine Spiel- oder Sportveranstaltung ist. Nötigung oder Sachbeschädigung wären angemessenere Begriffe für die Übergriffe. Aber es wird verniedlicht auf Teufel komm raus. Der Redakteur und Autor Claudio Casula hat eine ebenso amüsante wie bissige Liste mit Deutungen zusammengestellt, die Sie in Auszügen auf Seite xx finden.
Nicht mit allen seinen Interpretationen können wir uns allerdings identifizieren.

Framing Übersetzungshilfe

Trans-Frau: Mann

Hinweisgeberschutzgesetz: Förderung anonymer Denunzianten

Progressiv: linksextrem

Mitte: links

Rechts. Mitte

Rechtsextrem: konservativ

Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates unterhalb der Strafbarkeitsgrenze: jegliche Form von Kritik an der Regierung

Schutzsuchende: illegale Migranten

Hochrisikotechnologie: Kernkraft, hat in Jahrzehnten in Deutschland keinen einzigen Todesfall verursacht

Schutzmaßnahmen: Grundrechtseinschränkungen

Klimaprotest: gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr

Aktivisten: linke Terroristen

Framing als Neusprech

Doch trotz aller berechtigten Kritik an den Medien ist und bleibt die Pressefreiheit ein hohes Gut, das es zu verteidigen gilt. Nur ist darunter nicht eine Presse zu verstehen, die vorbehaltlos der Exekutive folgt oder gar schamlos selbst Politik macht. Vor allem ist dabei bedenklich, dass allein an Werbeeinnahmen rund 200 Mio. Euro im Jahr aus dem Bundeshaushalt an die Medien fließen, von den Rundfunkgebühren für die öffentlichen Sender ganz zu schweigen.

Nachsicht verdienen auch nicht jene Rundfunk- und Fernsehanstalten, die auf jegliche Verpflichtung zur politischen Ausgewogenheit verzichten. Obwohl laut den Rundfunkstaatsverträgen der öffentlich-rechtliche Rundfunk kein Tendenzbetrieb ist, begnügen sich die öffentlichen Sendeanstalten zumeist mit politischer Hofberichterstattung und Volkserziehung. Wie sagte doch jüngst der FDP-Politiker Wolfgang Kubicki? Die Sendung der Anne Will sei ihm wie eine „grüne Parteiveranstaltung“ erschienen. Einige Journalisten würden sich selbst als Aktivisten verstehen. „Ich vermisse da die Distanz zur eigenen Meinung.“

Pressefreiheit – ein hohes Gut, aber in akuter Gefahr

So erscheint es verständlich, dass „Schutz des Pluralismus“ in der Presselandschaft und die „Unabhängigkeit der Medien in der EU“ auch der Europäischen Union unter Ursula von der Leyen am Herzen liegen. Sie hat daher ein Medienfreiheitsgesetz sowie einen Verhaltenskodex beschlossen. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser, mögen sich die Verfasser gedacht haben, vor allem bei der Kontrolle der Informationen. Die soll in den Händen eines Gremiums für Mediendienste liegen und für die „Verringerung finanzieller Anreize (sprich: Werbeeinnahmen- die red.) für die Verbreitung von Desinformationen“ sorgen. Schön und gut. Nur – wer entscheidet, was Desinformation ist, wer bestimmt Form und Umfang von Einfluss auf große Plattformen und Suchmaschinen?

Bei durchaus vorstellbarem Missbrauch sind Tor und Tür weit offen für eine massive Einschränkung der Pressefreiheit. Doch dazu schweigen die Regularien. Zeitungs- und Medienverbände befürchten daher zu Recht, dass mit diesem Eingriff in die redaktionelle Freiheit „die Pressefreiheit zerstört wird“ und fordern eine Rücknahme der Gesetzesvorlage.

Wenigstens in dem Fall wird Klartext gesprochen, keine krude Schönfärberei betrieben. Geht doch!.

●HSK

Framing oder Neusprech: Wer sich dem herrschenden Narrativ nicht beugt, wird diskreditiert.

Dem Leugner etwa wird unterschwellig der weitergehende Vorwurf angeheftet, „rechts“, oder gleich „Nazi“ zu sein. Gezielt werden verharmlosende Formulierungen als bewusstseinsbildende Vorschriften genutzt, sprachlich eingeordnet in politisch liebsame oder eben unliebsame Lager. Eine lose Sammlung von Beispielen, zusammengetragen und gedeutet von Claudio Casula*

Framing Übersetzungshilfe

Netzwerkdurchsetzungsgesetz: Förderung der Zensur in den sozialen Medien

Ernährungswende: Fleischverbot

Ökologischer Umbau der Industriegesellschaft: Zerstörung der heimischen Wirtschaft, Abschaffung des Kapitalismus, Massenarmut

Populist: jemand, der nicht die Partikularinteresen winziger Minderheiten, sondern Anliegen der breiten Bevölkerung thematisiert

Weiter -> blaue Kasten

Soll die Welt mit Framing „transformiert“ werden?

Sind Klaus Schwab, Bill Gates oder George Soros die großen Menschenfreunde, als die sie sich immer darstellen oder haben Verschwörerszenegänger recht, indem sie behaupten, dass Klaus Schwab und seine Mitstreiter nichts Gutes für die Menschheit im Sinn haben?

Gibt es einen Deep State? Gibt es Eliten, die eine ganz bestimmte Agenda verfolgen?

Sofern es sie gäbe, würden sie vermutlich ihre Absichten verschweigen und im Geheimen an deren Umsetzung arbeiten. Oder doch nicht? Es ist nicht ganz einfach, auf diese Fragen eindeutige Antworten zu finden.

Weil es aber keine eindeutigen Antworten gibt, ist es demnach auch nicht komplett auszuschließen, dass an den Vorwürfen, die zunehmend immer lauter werden, etwas dran ist.

Steckt also mehr als ein Körnchen Wahrheit in Trumps, Putins, Bolsonaros oder Orbans Behauptungen und den Mutmaßungen der Q-Anon- oder Querdenkerszene drin?

Angesichts modernster Technologien und künstlicher Intelligenz können mittlerweile falsche Informationen derart wahrheitsgetreu dargestellt werden, dass sie von echten Fakten nicht mehr zu unterscheiden sind.

Die „offiziellen“ Erkenntnisquellen helfen uns wegen der vielen „Fakenews“, die in der Medienlandschaft kursieren, nicht unbedingt weiter. Aber es gibt glücklicherweise auch noch eine weitere Quelle der (wahren) Erkenntnis. Das sind nämlich die Ergebnisse und Taten, die umgesetzt werden. Schon Jesus hat gesagt: „An den Früchten werdet ihr sie erkennen.“

Wer also auf der Suche nach „Wahrheit“ und korrekt wiedergegebenen Sachverhalten ist, sollte sich gründlicher damit beschäftigen, was umgesetzt wird. Sich lediglich an weit verbreiteten wie auch immer gearteten Fakten zu orientieren, führt häufig in die Irre.

Sie könnten nämlich falsch sein.

Der bessere Weg, sich ein wahrheitsgetreues Bild zu machen, besteht darin, die Endergebnisse zuvor als Tatsachen verkaufter Informationen genauer zu untersuchen. Kommt am Schluss das heraus, was anfangs behauptet oder versprochen wurde?

Beispiele für die Diskrepanz: Erwartung versus Ergebnis

Die **Energiewende** ist erkennbar auf ganzer Ebene gescheitert. Dennoch wird an der Mär festgehalten, man müsse den bisher eingeschlagenen Kurs beibehalten und sich dabei eben nur noch mehr anstrengen.

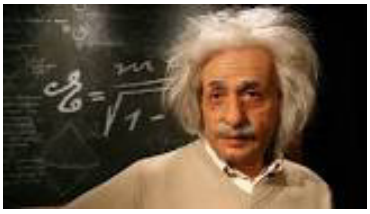
Noch mehr vom Falschen führt jedoch weiterhin zu „faulen“ Früchten, anstatt zu erkennbar guten Ergebnissen. Die Daten und Fakten, die für ein „weiter so“ bei der Energiewende herangezogen werden, entsprechen nicht den tatsächlichen Gegebenheiten. Ansonsten käme ein anderes, ein besseres Resultat dabei heraus. Das ist aber nicht der Fall. Ein klares Indiz also für Fakenews auf breiter Ebene.

Natürlich hat der Ukrainekrieg wegen höherer Gaspreise auf dem Weltmarkt, den gegen Russland verhängten Sanktionen und den wegbrechenden Lieferketten die Preise nach oben getrieben.
Die hohen Strompreise verdanken wir jedoch nicht dem Ukrainekrieg, sondern dem Merit-Order-Prinzip der EU, das den Strom für sämtliche Verbraucher enorm verteuert. Diese Tatsache wird häufig unterschlagen. Stattdessen wird die Schuld bei Putin gesucht. Auch hier hören wir nicht die ganze Wahrheit.

Schauen wir uns als weiteres Beispiel die Behaup-

"Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind."

(Albert Einstein)



tung an, die E-Mobilität sei die einzige und wichtigste Schlüsseltechnologie zur Reduzierung des CO2–Ausstoßes und der Rettung des Weltklimas im Verkehrswesen.
Nun, die Herstellung eines Elektrofahrzeugs verbraucht ebenfalls große (und insbesondere auch seltene) Ressourcen. So umweltschonend wie allgemein behauptet, ist das nicht. Angesichts der derzeitigen Knappheit an erneuerbaren Energien, sowie Gas und Atomstrom müssen Kohlekraftwerke zur Stromerzeugung reaktiviert werden. Das Laden von E-fahrzeugen durch den Einsatz verstromter Kohle ist keine Einsparung. .

„Die Rotgrünen und „Woken“ kochten vor Wut, schon bevor der neue Twitter-Eigentümer Elon Musk die Bombe hinter der Bombe zündete. Dass der Multi-Milliardär nach einer Abstimmung auf dem Kurznachrichtendienst die Blockade von Ex-Präsident Donald Trump aufhob, war für viele wieder einmal zuviel der Freiheit. Vorausgegangen war der Entscheidung eine Umfrage, die Musk initiiert hatte, und bei der sich 51,8 Prozent von mehr als 15 Millionen, die abstimmten, für eine Wiederzulassung des früheren Staatschefs entschieden haben. „Die Menschen haben gesprochen. Trump wird wieder zugelassen. Vox populi, vox Dei“ – mit diesen Worten verkündete Musk seine Entscheidung: „Die Stimme des Volkes ist die Stimme Gottes.“

Boris Reitschuster 20.11.2022.

Beispiele für die Diskrepanz: Erwartung versus Ergebnis

mRNA-Impfkampagne

- Von Anfang an wurde behauptet, die mRNA-Impfstoffe würden geimpfte Personen vor einer **Covidinfektion** zuverlässig schützen. Kritische Wissenschaftler haben das immer bezweifelt. Jetzt ist bestätigt: diese Aussage ist falsch.
- Außerdem wurde von allen Verantwortlichen erklärt, dass es zu keinen nennenswerten **Nebenwirkungen** aufgrund der Impfung kommen könne. Auch diese als Tatsache dargestellte Behauptung war und ist falsch.

Migrationspolitik

- Die Behauptung, die Migranten, die seit 2014 den Weg über die abenteuerlichsten Schleuserrouten zu uns gefunden haben, würden den **Facharbeitermangel** beheben helfen, ist nachweislich falsch, wenn nicht gar eine bewusste Irreführung. Etliche davon haben den Weg in den Arbeitsmarkt gefunden, die meisten jedoch hängen an unseren Sozialtöpfen.
- Auch die Aussage „wir schaffen das schon“ war eine Falschbehauptung. Sowohl die sozialen Sicherungsnetze als auch die mit der Betreuung und Nachversorgung der Migranten betrauten **Kommunen und Verwaltungen sind heillos überfordert.**
- So hat die Commerzbank eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen das gesamte Ausländeramt der Stadt Frankfurt erhoben, weil das Institut einen wichtigen Mitarbeiter der Abteilung «Firmenkunden Kreditvergabe» Mitte November 2022 «mit Ablauf des Visums und damit der Arbeitserlaubnis» ohne Bezahlung freistellen musste.
- Laut einer Antwort des Magistrats auf eine Anfrage der FDP-Fraktion im Frankfurter Rathaus geht hervor, dass rund 6700 der 15 000 unbearbeiteten Anträge Akademiker betreffen, tangiert sind aber alle Antragsteller beim Ausländeramt, also auch Studenten sowie Flüchtlinge aus der Ukraine, Syrien oder anderen Gebieten (Quelle NZZ vom 21.11.2022).

Die größte (Lebens-) Lüge sozialistischer Pseudointellektueller:

- Die gebetsmühlenhafte Behauptung, die Reichen wären nur deshalb so reich, weil sie sich „mehr vom Kuchen abgebissen“ hätten, als ihnen zusteht und es daher für die restlichen hungrigen Mäuler weniger zu verteilen gäbe, ist falsch.
- Dieser Annahme liegt die **Nullsummenspiel-Theorie** zugrunde, nach der der Gewinn des einen zwingend zu einem Verlust des anderen führt. Das trifft beim Pokern zu, nicht jedoch für das wahre Leben. Da entsteht Wohlstand nämlich durch ein Positiv-Summenspiel, durch Win-win-Situationen.
- In Wahrheit gibt es doch nicht nur diesen einen Kuchen. **Es entstehen vielmehr ständig neue.** Und nicht nur das, sondern auch verschiedene. Noch vor dreihundert Jahren war Holz der einzige Energieträger und in bescheidenem Ausmaß Wasser und Wind, die Mühlen und Hammerschmieden antrieben.
- Es folgten Kohle und mit ihr die Dampfmaschinen, die Elektrizität und die Stahlindustrie. Gefolgt von Erdöl und Gas als Energieträger. Später Atomkraftwerke. Jetzt auch erneuerbare Energien. Der Hunger nach Energie wurde immer größer, dabei wurden auch die Energien immer sauberer und umweltverträglicher.

Kurskorrekturen bei Nichterreichen des Zieles

All diese Beispiele lassen nur den einen Schluss zu:

Die wesentlichen Grundannahmen in den oben aufgeführten Themenbereichen sind von vornherein falsch.

Nun kann man darüber streiten, ob die Summe der unzutreffenden Argumente absichtlich so verbreitet wird oder ob es sich bei alledem nur um viele große Irrtümer handelt. Wenn es sich um reine Irrtümer handeln würde, dann müsste die allgemeine Erkenntnisfähigkeit und der gesunde Menschenverstand ausreichen, um regelmäßige Kurskorrekturen vorzunehmen und nach dem Motto „Versuch und Irrtum“ schlussendlich dann doch akzeptable und befriedigende Ergebnisse zu erzielen. Diese Methode hat sich schließlich in der Praxis tausendfach bewährt.
An all den Stellen, an denen es zu keinen Kurskorrekturen kommt, muss man davon ausgehen, dass dies auch nicht gewollt ist und somit offenbar eine bestimmte Absicht (Agenda) dahintersteckt.
An dieser Stelle müssen wir uns mit dem Thema Framing befassen. Offenbar werden bestimmte Unwahrheiten bewusst wiederkehrend publiziert, in der Hoffnung, dass alle diese falschen Fakten irgendwann für bare Münze genommen werden.
Stecken hier nicht doch irgendwelche Transformationsziele dahinter? Wenn ja: Welche? Auf jeden Fall sollten wir uns künftig der Weiterverbreitung dieser Falschinformationen entschieden entgegenstellen.
Doch nicht nur das. Neben dem Phänomen des Framings haben wir es zudem mit massiven Bestrebungen zu tun, die öffentlichen Debatten über missliebige Themen zu unterbinden.
Insbesondere in den sozialen Netzwerken werden ganze Accounts gesperrt, wenn der Inhaber scheinbar politisch nicht korrekte Inhalte postet.

Wir reden hier von Zensur. Der Kurznachrichtendienst Twitter hat besonders großes Aufsehen damit erregt, als er den Account des amerikanischen Expräsidenten Trump gesperrt hat. Der jetzige Eigentümer Elon Musk hat findigerweise die Twitternutzer darüber abstimmen lassen, ob man den Account von Donald Trump wieder freigeben soll.
An dieser Stelle sollen Auszüge aus einem Artikel von Boris Reitschuster über die Aktion von Elon Musk wie folgt wiedergegeben werden: (blauer Kasten links)

Was lernen wir aus den Twitter-Files

Die heftigen, teilweise hysterischen Proteste gegen die Entscheidung belegen ein grundlegendes Problem mit Meinungsfreiheit und Demokratie insgesamt bei vielen, die sich für besonders gute Demokraten halten.

Ganz egal, wie jemand zu Donald Trump steht: Wer ein aufrechter Demokrat ist, kann seine Sperre nicht für gut halten.
Dass die Empörung über seine Freischaltung oft damit begründet wird, er würde Lügen verbreiten, zeigt, dass viele die Idee von Meinungsfreiheit nicht einmal im Ansatz begreifen.
Denn in dem Moment, wo jemand – wer auch immer – befugt ist, zu entscheiden, was Lüge ist und was nicht, und vermeintliche Lügen verbieten kann, ist die Meinungsfreiheit tot.

Doch als hätte er die Rotgrünen und „Woken“ mit seiner Entscheidung nicht genug gereizt, machte Musk alles noch viel schlimmer für sie. Er offenbarte, dass die Abstimmung auch eine „Honigfalle“ war – mit der er Bot-Netze ausfindig machen wollte, die von „woken“ Aktivisten eingesetzt werden, um auf Twitter die Meinungsbildung zu manipulieren. „Den Bot- und Trollarmeen könnte bald der Dampf ausgehen“, kündigte Musk an: „Das sind interessante Lektionen, die helfen werden, künftige Umfragen sauber zu halten“.

Diese Begebenheit reicht schon aus, um auf zwei inzwischen weit verbreitete Phänomene hinzuweisen. Zum einen auf das Phänomen Zensur und der Cancel Culture und zum anderen auf die Verwendung von Bot- und Trollarmeen, die natürlich von allen möglichen Interessensgruppen initiiert und unterhalten werden, was die eingangs erwähnte allgegenwärtige Gefahr von Fakenews nur noch weiter untermauert.

Wir müssen uns also mit mehreren Faktoren auseinandersetzen. Nämlich

- Die Spreu vom Weizen trennen. Was ist wahr und was ist Irrtum oder bewusste Irreführung?
- Framing erkennen. Das heißt, sich nicht darauf einlassen, falsche oder manipulierende Sachverhalte als richtig und gültig anzuerkennen.
- Sich gegen Zensur wehren. Darauf pochen, auch abweichende Meinungen äußern zu dürfen.

●WB

Was macht eine TÜV-geprüfte Pflegesachverständige?

Kirsten Garms-Geschinski,

geb. 1965 in Stuttgart; Kindheit und einen Teil der Schulzeit verbrachte sie in Korntal und an der Freien Waldorfschule am Kräherwald in Stuttgart

Nach dem Fachabitur machte sie ihre Ausbildung zur Krankenschwester am KKH Leonberg.

Nach Beendigung der Lehre ging sie für ein Jahr ans Marienhospital nach Stuttgart, um dann für die Fachweiterbildung zur Krankenschwester für Anästhesie und Intensivmedizin an die Uniklinik nach Heidelberg zu wechseln.

Der Ausbildungsgang des TÜV-Rheinland ist detailliert hier beschrieben:

https://akademie.tuv.com/weiterbildungen/pflegesachverstaendiger-tuev-11077308

Zur Vorstellung ihres **Berufsprofils** schreibt sie:

Seit meinem Einsatz auf der Intensivstation während meiner Ausbildung hat mich die Faszination an diesem Fachgebiet nie mehr verlassen, so dass für mich feststand hier meinen zukünftigen Arbeitsbereich zu finden.
Während meiner Elternzeiten habe ich neben dem Intensivbereich zahlreiche weitere Gebiete wie Behinderten - und Altenpflege, so wie die soziale Familienhilfe kennen lernen dürfen.

Mein Weg zur Pflegesachverständigen begann 1995, nachdem die Pflegekasse ins Leben gerufen wurden.
Von allem Anfang an war ich hier als Pflegeberaterin beim Malteser Hilfsdienst mit tätig. Im Laufe der Zeit kam für mich die Frage auf, ob diese Tätigkeit auch unabhängig durchführbar ist.

Nach langen Recherchen bin ich dann auf den TÜV Rheinland gestoßen, der zu dieser Zeit eine zweijährige berufsbegleitende Weiterbildung mit anschließender Anerkennung, zum Pflegesachverständigen anbot. Somit begann eine zweijährige Weiterbildung.
Nach bestandener Prüfung machte ich mich nebenberuflich selbständig. Mein beruflicher Alltag im Bereich der Pflege machte immer deutlicher, wie wenig Betroffene die Möglichkeiten kennen und in Anspruch nehmen sich gegen Entscheidungen z. B. des MDK zu wehren. Dies bestärkte mich um so mehr als unabhängige Pflegegutachterin tätig zu werden.

Hauptarbeitsgebiet ist meine Tätigkeit als unabhängige Pflegegutachterin bei allen Instanzen der Sozialgerichtsbarkeit überwiegend in BW, aber auch in Hessen. Hier bin ich in den Gutachterverzeichnissen registriert.

Unabhängig bedeutet hier nicht den Weisungen und Vorgaben von Institutionen, wie beispielsweise Rentenversicherung, MDK etc. zu unterliegen.
Bei meiner Beurteilung habe ich selbstverständlich die geltenden Rechtsgrundlagen des SGB und der allgemeinen Begutachtungsrichtlinien zu beachten. Darüber hinaus kann ich jedoch auch meine über 36 jährige Berufserfahrung mit einbringen und aus der Pflegepraxis heraus beurteilen und Zusammenhänge bei Erkrankungen genauer erfassen.

Ich habe mein persönliches Tätigkeitsfeld um Beratungsangebote wie Wohnumfeldgestaltung, Erstberatung bei Eintritt eines Pflegefalles und Erstellung von Privatgutachten erweitert.

Alles in Allem ist die Tätigkeit des Pflegegutachters wenig bekannt und erst in jüngster Zeit findet sie von Seiten der Gerichte die gebotene Anerkennung, neben den ärztlichen Gutachtern auf einer Stufe stehen zu dürfen.

Dies liegt zum Einen daran, dass es in BW tatsächlich nur zwei unabhängige Gutachterinnen gibt, zum Anderen die meisten Pflegegutachten zur Beurteilung in ärztliche Hände gegeben werden.

● WHA

Aline Groß und die europaweite Notruf-Nummer 112

Am 29. 11. 2022 fand die 10-jährige Jubiläumsfeier **„Notruff 112 europaweit“** statt. In Kooperation des Feuerwehrmuseums Stuttgart, Europa Zentrum Baden-Württemberg und Europe Direct Stuttgart.

(v.l.n.r.) Nils Bunjes, Aline Groß, NNNNNNNNNN Foto: Martin Kohler (c)

*Der **Euronotruf** ist ein gebührenfreies, in Europa länderübergreifendes Notrufsystem, das unter der Rufnummer 112 erreichbar ist.*

Was hat die Grand Old Lady der LSI Aline Groß damit zu tun?
Einiges.
Aline wurde 1930 in Stuttgart Weilimdorf geboren, ging dort während der Kriegszeit zur Schule und absolvierte 1944 die sog. Notkonfirmation. Danach ließ sie sich zur technischen Zeichnerin ausbilden, was auch heute noch ihr gepflegtes und bewundertes Hobby ist.
Aline kommt aus einer liberal geprägten elterlichen Familie und fand schnell den Zugang zu den Freien Demokraten.
Nach ihrer Berufstätigkeit Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre gründete sie zusammen mit Ihren Schulkameraden Sonja und Heinz Hanle - auf Initiative der damaligen Abgeordneten Ingrid Walz - die Liberale Senioren Initiative als eingetragenen Verein.
Richtig los mit Veranstaltungen ging es 2001, als Nils Bunjes vom Europazentrum Tübingen nach Stuttgart übersiedelte. Ab dann veranstalteten die Liberalen Senioren zusammen mit dem Europazentrum jedes Jahr Reisen - zuerst nach Straßburg und Brüssel und zu deutschen Destinationen - dann europaweit. An der vorerst letzten kurz vor dem Brexit nach Schottland, Irland und England hat der Autor teilgenommen und war begeistert.

Berühmt ist Aline als Mundart-Schriftstellerin für Gedichte und Geschichten aus Weilimdorf für die Lokal- und Regionalzeitungen. Sie hat auch die Broschüre „G´schichte ond G´schichtla aus Weil im Dorf“ herausgegeben.

Die Bemühungen von Nils Bunjes um eine einheitliche Notrufnummer europaweit wurden 2012 von erfolg gekrönt: Das EU-Parlament beschloss am 22. November 2012 die gemeinsame Nummer. Seit dem fahren auch die roten Feuerwehrautos mit blauen Europaufklebern und der gelben Nummer 112 zu ihren Einsätzen.

●WHA

Der Autor als begeisterter Kinderfeuerwehrmann 1960 (2. v.r.)

Warum heißt die FDP in Baden-Württemberg FDP/DVP?

Ihr Jubiläum **"70 Jahre FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg"** feierte die FDP/DVP-Fraktion am 2. Februar 2023 mit einem Festakt im Neuen Schloss Stuttgart.
Bereits seit der Gründung des Südweststaats im Jahr 1952, als sich die Länder Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern zusammenschlossen, gibt es mit dem Landtag eine Volksvertretung für den gesamten deutschen Südwesten.

Und die FDP/DVP-Fraktion, die an der Gründung des Bundeslandes Baden-Württemberg mitwirkte, stellte den ersten baden-württembergischen Ministerpräsidenten

Dr. Reinhold Maier (1889-1971), geboren in Schorndorf im Remstal.

Mit ihm etablierte sich auch der Begriff **„Graswurzel-Demokratie“.**

Wie aus der DVP im Südwesten mit großen Persönlichkeiten die FDP entstand.

Als stellv. Bundesvorsitzender der Liberalen Senioren werde ich bei Bundesveranstaltungen oft gefragt:
Warum heißt denn die FDP-Landtagsfraktion bei euch FDP/DVP?

Die Antwort ist: Um zu zeigen, welchen Beitrag die Südwest-Liberalen einst zum Aufbau der Demokratie leisteten und welche Bedeutung sie für die Bundes-FDP bis heute haben:

Der erste Ministerpräsident des 1952 gegründeten Bundeslandes Baden-Württemberg war der Freie Demokrat Reinhold Maier, Theodor Heuss der erste Bundespräsident. Nur in Baden-Württemberg gehörte die FDP immer, ohne Unterbrechung, dem Landesparlament an. Mitregiert haben FDP-Landesminister in Stuttgart insgesamt 31 Jahre. Und bis heute ist der Einzug der Bundes-FDP in den Bundestag ohne das Stimmengewicht des Südwest-Landesverbandes nahezu ausgeschlossen.

Aus Baden-Württemberg stammten bedeutende Bundesminister der FDP wie Klaus Kinkel, Eberhard Wildermuth, Martin Bangemann oder Helmut Haussrnann.

Am 18. September 1945 wurde die FDP-Vorläuferpartei „Demokratische Volkspartei Groß-Stuttgart“ (DVP) gegründet. Die maßgeblichen Gründer waren der Stuttgarter Rechtsanwalt Wolfgang Haußmann, der aus Schorndorf stammende, von den Amerikanern zunächst für den Vorläuferstaat Württemberg-Baden eingesetzte Ministerpräsident Reinhold Maier sowie der Nationalökonom Theodor Heuss.
Im Winter 1946 wurde die DVP dann als überregionale Partei gegründet. 1948 entstand daraus die FDP mit dem Gründungsvorsitzenden Heuss.

Am 17. September 1945 hatten die amerikanischen Besatzungsbehörden die Gründung von Parteien erlaubt, einen Tag später ergriffen Haußmann und Maier diese Chance und gründeten die „Demokratische Volkspartei Groß-Stuttgart“. Damit zeigte sich. dass es den Nationalsozialisten nicht vollständig gelungen war, den demokratischen Selbstbehauptungswillen im deutschen Bürgertum zu zerstören.
Jan Havlik, der sich mit der Entwicklung als Historiker intensiv beschäftigt hat, schreibt: Die Demokratie sei damals nicht nur durch die Amerikaner „von außen installiert und verordnet“ worden. Es habe in der deutschen Bevölkerung - vier Jahre vor Gründung der Bundesrepublik – einen Rest an demokratischem Selbstvertretungswillen gegeben, bevor die Alliierten erkennen ließen, was sie mit dem besetzten Land vorhatten.
Reinhold Maier schrieb später rückblickend über die Gründung der DVP in Haußmanns Wohnhaus in der Stuttgarter Hohenzollernstraße:
„Ruinen überall. Wir berieten den Namen der wieder zu gründenden Landespartei. An der Stelle, wo die Trümmer der Wiesen- und Quellnymphen von Dannecker am Boden langen, einigten wir uns auf Demokratische Volkspartei. Also zweimal Volk - erstens mit Demos, auf Griechisch das Volk, und zweitens noch mal das Volk auf Deutsch.“

Zur Begründung fügte Maier an, nach der zwölfjährigen Gewaltherrschaft „über und gegen das Volk“ könne nicht genug „vom Volk" gesprochen werden. Die im schwäbischen Honoratiorenmilieu verwurzelten Parteigründer verständigen sich auf ein arbeitsteiliges Vorgehen: Maier sollte sich um die Staatsämter kümmern, Haußmann die Partei aufbauen. Mit Haußmann als DVP-Landesvorsitzendem war eine Traditionslinie zu den anderen Wegbereitern der Demokratie in seiner

FDP/DVP

Familie gezogen: Sein Großvater Julius Haußmann war 1848er-Revolulionär und 1864 Mitgründer der Demokratischen Volkspartei in Württemberg, sein Vater Conrad Haußmann in der Weimarer Republik Landesvorsitzender der „Deutschen Demokratischen Partei“ und bis zu seinem Tod für diese Reichstagsabgeordneter in Berlin. Wolfgang Haußmanns historisches Verdienst im September 1945 war es, die Tradition des Freisinns in die neue Zeit hinüberzuretten.

Ihnen kam sicherlich zugute, dass der deutsche Südwesten über eine tatsächliche Tradition an Machtkontrolle und Partizipation verfügte. So war bereits Anfang des 16. Jahrhundert in Württemberg die absolute Macht des Herzogs durch eine ständische Vertretung eingeschränkt in wichtigen Bereichen wie Staatsfinanzen, Gerichtsbarkeit und Kriegsführung („Tübinger Vertrag“ von 1514) und im Großherzogtum Baden fand die Revolution von 1848/49 besonders engagierte Kämpferinnen und Kämpfer, die sich für Grundrechte und Parlamentarismus unter Einsatz ihres Lebens einsetzten.

Maier und Heuss hatten zwar 1933 mit drei weiteren liberalen Abgeordneten für das Ermächtigungsgesetz gestimmt, aber Maier, Heuss und erst recht Haußmann verband eine liefe Abneigung gegen den Nationalsozialismus. Der Journalist Heuss hatte Publikationsverbot: Maier musste sich unter dem Druck der Nazis von seiner jüdischen Frau scheiden lassen und sie ins Exil schicken; Haußmann wiederum war Mitglied eines N5-kritischen Kreises der Stuttgarter Markusgemeinde und gehört zu den Bürgern, die sich im April 1945 im Gespräch mit den französischen Besatzern für ein schnelles Ende der Kampfhandlungen eingesetzt hatten.

Der Rechtsanwalt setzte sich später als Justizminister – gegen den Widerstand des damaligen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger (CDU) - für den Aufbau der Zentralstelle der Justizverwaltungen zur Aufarbeitung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg ein. Heuss, Maier und Haußmann einte der antitotalitäre Konsens.
Es trennte sie die Frage, welchen Charakter die neu gegründete DVP haben sollte:
Heuss schwebte eine „gesamtbürgerliche“ Volkspartei vor - Maier und Haußmann erkannten, dass die SPD und die Zentrums-Nachfolger in der CDU einer solchen Partei kaum Platz lassen würden. Politisch waren die Liberalen sehr erfolgreich: Reinhold Maier ließ sich mit den Stimmen von SPD und dem „Block der Heimatvertriebenen" zum ersten Ministerpräsidenten Baden-Württembergs wählen.

Bei den Wahlen im März 1952 erreichte Maiers Partei, die fortan FDP/DVP hieß, 18 Prozent.

Die Verpflichtung der FDP/DVP zur „Graswurzel-Demokratie“ brachte Wolfgang Kubicki in seiner Laudatio bei der Feierstunde am 2. Februar so auf den Punkt:

„Darum lassen Sie mich heute - an dem Tag, an dem auf Druck der FDP endlich auch die Maskenpflicht in den Bahnen und Bussen beendet wurde - nur kurz erinnern, worüber wir teilweise in den letzten drei Jahren geredet haben:
Es gab die Maskenpflicht am Ostseestrand, Polizisten die den Abstand auf Demonstrationen mit „Abstandshölzern“ kontrolliert haben, Menschen die von Parkbänken gescheucht wurden, innerdeutsche Reisebeschränkungen und die von Herrn Kretschmann so schmerzlich vermissten Ausgangssperren.
Was heute glücklicherweise schon wieder absurd klingt, wurde damals von einer breiten Mehrheit in Politik und Medien gutgeheißen und mit Feuereifer verteidigt. Gegenstimmen wurden empört zurückgewiesen und wer nicht schwieg, wurde zum „Corona-Leugner“ gestempelt. Dabei ist beides möglich: Die Gefahren des Virus angemessen und ohne Verharmlosung einzuschätzen und seinen gesunden Menschenverstand behalten. Wer will sich wirklich darüber wundern, dass es gerade die Partei der Freiheit ist, die bei Grundrechtseinschränkungen in den Parlamenten ihre Stimme erhebt?

Ebenso darf es niemanden wundern, dass es Mitglieder dieser FDP/DVP Fraktion sind, die einem Ministerpräsidenten ein deutliches Stopp-Schild setzen, wenn dieser offen für „nicht verhältnismäßige Maßnahmen“ wirbt.
Der mediale Gegenwind darf gestandene Parlamentarier nicht erschüttern, wenn es um das Prinzipielle und um die eigenen politischen Ideale geht. Diese Prüfung wurde hier in Baden-Württemberg während der Corona-Pandemie mit Bravur gemeistert. Als die Landtagsfraktion vor fast genau einem Jahr einstimmig einen Beschluss gegen die allgemeine Impfpflicht fasste, war das ein Signal über Baden-Württemberg hinaus.“

●WHA

Rund 150 interessierte Gäste, hochkarätige Experten auf dem Podium und eine klare Botschaft von Dr. Hans-Ulrich Rülke, dem Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion: **„Wir Freie Demokraten haben schon früh die Potenziale von synthetischen Kraftstoffen für die Erreichung der Klimaziele erkannt. Es braucht eine ehrliche Diskussion um die Klimabilanz von batterielektrischen Autos, umso mehr, da aktuell die Braunkohlekraftwerke wieder hochgefahren werden.“**
Die Auftaktveranstaltung zur diesjährigen Fraktionskampagne „Kraftstoff für Klimaschutz: E-Fuels“ Ende Januar war ein großer Erfolg – und der Ort dafür ideal: die Werkstatt im Autohaus Gerstel in Pforzheim. In seinem Grußwort erinnerte Dr. Rülke daran, dass die Freien Demokraten das Thema synthetische Kraftstoffe im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung platziert hätten und maßgeblich daran beteiligt waren, dass in Brüssel die Türe hierfür einen Spalt weit geöffnet bleibt.

„Synthetische Kraftstoffe erhalten die Wertschöpfung und den Wohlstand in unserem Land. Sie sollten Stück für Stück hochskaliert werden.“

Echter Klimaschutz geht nur ...

Neben Rülke (1. v.r.) und Friedrich Haag MdL (2. v.r.), dem Sprecher für individuelle Mobilität der Fraktion, diskutierten in Pforzheim auf dem Podium: Prof. Dr. Thomas Koch (2. v.l.) (Leiter Institut Kolbenmaschinen am Karlsruher Institut für Technologie KIT), Timo Gerstel (3. v..r.) (Geschäftsführer Autohaus Gerstel und Obermeister der Kfz-Innung Pforzheim) sowie Werner Steber (3. v.l.) (Geschäftsführer Zentralverband Deutsches Kfz-Gewerbe), der eigens aus Bonn mit einem E-Fuels-Versuchsfahrzeug vorgefahren kam.

E-Mobilität ist sehr teuer ...

... nicht jeder kann sich das leisten. Prof. Dr. Thomas Koch betonte, dass mit einigen der gängigen Mythen aufgeräumt werden müsse:

„Wenn Strom aus regenerativen Energien dort produziert wird, wo die Sonne intensiv und lange scheint oder der Wind permanent weht, sind Produktionskosten von einem Euro je Liter E-Fuels darstellbar.“

Wichtig sei zudem, den Gesamtsystemwirkungsgrad von Kraftstoffen und Motoren zu betrachten. Und man müsse auch den Blick darauf haben, was international geschehe: China, vor 15 Jahren noch E-Auto-fixiert, habe mittlerweile das Ziel, Weltmarktführer im Verbrenner-Bereich zu werden. Die Aufkauf-Strategie würde das eindeutig belegen.

Zu den Kaufpreisen von E-Autos (derzeit im Schnitt 50.000 Euro) merkte der Experte an, diese seien sozial ungerecht für Menschen mit geringem Einkommen. Ein Aspekt, den auch Friedrich Haag immer wieder öffentlich betont:
„Viele Autofahrer in der Stadt und besonders im ländlichen Raum sind die nächsten Jahre auf ihre Verbrenner- bzw. Gebrauchtwagen angewiesen. Wir dürfen diese Personengruppe nicht einfach ignorieren und ihr nur eine Technologie vorschreiben.“

Individuelle Mobilität, so der Landtagsabgeordnete, bleibe ein Grundbedürfnis – E-Mobilität sei hingegen einseitig auf den Neuwagenmarkt ausgerichtet.

Haag sprach sich für Energiepartnerschaften mit Regionen aus, in denen regenerative Energien im Überfluss vorhanden sind, ebenso für eine sofortige Beimischungsquote von E-Fuels. Denn so könnte schrittweise erreicht werden, dass der Anteil fossiler

... mit synthetischen Kraftstoffen

Kraftstoffe sinkt: **„Das Problem ist nicht der Motor, sondern womit er betankt wird.“** Haag warnte davor, sich mit einer einseitigen E-Auto-Strategie – wie sie Daimler verfolgt - in neue Abhängigkeiten zu begeben und verwies auf die Problematik der Seltenen Erden. Auch andere Themen, wie Brandverhalten von E-Fahrzeugen, dürften nicht vergessen werden. Erst jüngst wurde bekannt, dass eine norwegische Fährgesellschaft den Transport von E-Autos deshalb verboten hat.

Um die anspruchsvollen EU-Klimaziele zu erreichen, stehen Wirtschaft und Gesellschaft vor großen Herausforderungen. Aber nicht für jeden kommt dabei der Neuerwerb eines E-Autos in Frage. E-Fuels, aus erneuerbarer Energie hergestellte Kraftstoffe, ermöglichen weitgehend klimaneutrale Mobilität auch für Bestandsfahrzeuge. **Im Gegensatz zur Elektromobilität sichern synthetische Kraftstoffe zudem wertvolle Arbeitsplätze in der deutschen Automobil- und Zuliefererindustrie.** Allein in Baden-Württemberg gibt es rund 480.000 Beschäftigte in diesem Bereich. Für E-Fuels braucht es keine komplett neue und teure Infrastruktur (Ladesäulen), und es besteht kein Überlastungs- oder Ausfallsrisiko der lokalen Stromnetze.

Kfz-Käufer werden bevormundet

Autohausbesitzer Timo Gerstel berichtete aus seiner Praxis und wie schwer sich die Menschen mit Kaufentscheidungen tun. Ihm und seinen Kunden fehle eine wirkliche Technologieoffenheit. Stattdessen finde eine Bevormundung statt.

So halte es seine Branche für bedenklich, dass einige deutsche Hersteller nur noch auf große und teure Fahrzeuge setzten und das Kleinwagensegment wegfalle. Die Stärkung des Kundenwillens und das Aufzeigen von Alternativen war dann auch ein Herzensanliegen von Werner Steber.

Das vor Ort ausgestellte E-Fuels-Fahrzeug umschrieb er augenzwinkernd so: normalerweise würden Besonderheiten von Fahrzeugen angepriesen. Hier sei das Besondere aber das Gewöhnliche.
Ein ganz normales Serienfahrzeug kann problemlos mit E-Fuels betankt und nahezu klimaneutral betrieben werden.

Ihm gehe es darum, praktikable Möglichkeiten für umweltgerechte Mobilität aufzuzeigen. In der derzeitigen Debatte fehle ihm ein Teil der Wahrheit:

„Es gibt eben nicht nur den batterieelektrischen Antrieb, der im Übrigen angesichts der momentanen Stromerzeugung alles andere als klimaneutral ist.“ ●FB

Umweltministerin Lemke muss einlenken

Friedrich Haag (r) und Werner Steber beim Betanken eines serienmäßig ausgestatteten VW Golf mit E-Fuels.

Für E-Fuels muss auf allen politischen Ebenen gekämpft werden – insbesondere sollte die grüne Bundesumweltministerin Steffi Lemke ihre Blockadehaltung auflösen. „Die Schuld an der Verfehlung der Klimaziele im Verkehr trägt das Bundesumweltministerium, indem es die Aufnahme paraffinischer Dieselkraftstoffe DIN EN 15940 in die 10. Bundesimmissionsschutzverordnung blockiert“, kritisiert Haag. Eine Reise mit dem Zug nach Berlin zu Parteifreundin Lemke wäre deshalb der sinnvollere Termin für Winfried Hermann gewesen, um sich für E-Fuels einzusetzen als ein Flug zum Fototermin in Chile zur Eröffnung einer Pilotanlage für E-Fuels. Der Minister spreche von einem Entschließungsantrag zum Thema paraffinische Kraftstoffe von Anfang 2021, welcher in der alten Bundesregierung nicht abschließend behandelt wurde. Friedrich Haag: „Jetzt, wo man Teil der Regierung ist, wäre doch der richtige Zeitpunkt dafür. Wir Freie Demokraten befürworten dieses Vorhaben ganz klar.“

Fitness für das Gehirn?

Dr. Beatrice G. Kuhlmann ist seit 2020 Professorin für Kognitive Psychologie mit Schwerpunkt kognitives Altern und forscht an der Universität Mannheim zu verschiedenen Gedächtnisformen und deren Veränderung mit dem gesunden Altern. FORUM hat bei ihr nachgefragt, mit welchen Strategien wir unser Gedächtnis trainieren können und ob Kreuzworträtsel dabei eine Rolle spielen.

FORUM: Sie forschen zu Gedächtnisformen und deren Veränderung im Alter. Wie müssen wir uns Ihre Forschung vorstellen?
Kuhlmann: Wir versuchen erstmal zu verstehen, wie Teile des Gedächtnisses bei Jüngeren zwischen 18 und 25 Jahren funktionieren. Wissen wir das, dann erforschen wir ältere Generationen ab 60 Jahren. Dabei zeigen wir unseren Versuchspersonen am Bildschirm zum Beispiel Wörter. Um Kontextmerkmale mit einzubringen, also die Situation später abrufbarer zu gestalten, erscheinen die Wörter beispielsweise oben oder unten am Bildschirmrand, haben verschiedene Farben oder werden von verschiedenen Stimmen gesprochen. Beim späteren Test, ob sie sich an die Wörter erinnern können, sehen wir auch bei Älteren, dass die Wiederherstellung des Kontext die Gedächtnisleistung verbessert: Spricht also zum Beispiel dieselbe Stimme wie zuvor das Wort, kehrt die Erinnerung zurück.

FORUM: Das heißt, Ältere benötigt einen Kontext, um sich an Dinge zu erinnern?
Kuhlmann: Manchmal benötigen sowohl Alt als auch Jung einen Kontext, um sich zu erinnern. Es gibt jedoch umgekehrt eine gute Evidenz dafür, dass die Verknüpfung zwischen Kontext und Information im Alter mehr und mehr nachlässt. Funktioniert dieser Zugang zum Kontext nicht mehr, wird es immer schwieriger, eine Erinnerung hervorzukramen. Deswegen funktioniert auch das semantische Gedächtnis im Alter noch gut, da es nicht mit Kontext verknüpft ist.

FORUM: Was ist das semantische Gedächtnis?
Kuhlmann: Es gibt verschiedene Arten des Erinnerns: Das episodische Gedächtnis reist quasi gedanklich zu einer Erinnerung zurück, die durch einen Kontext wie ein Gespräch oder eine Person ausgelöst wurde. Das semantische Gedächtnis verfestigt sich sozusagen daraus. Das sind Informationen, die wir immer wieder in verschiedenen Kontexten gelernt und klar verbunden haben: Dass Berlin die Hauptstadt von Deutschland ist, daran können wir uns kontextfrei erinnern.

FORUM: Gibt es einen bestimmten Zeitpunkt, ab dem die Gedächtnisleistung nachlässt?
Kuhlmann: Eine zeitliche Einschätzung ist schwer, denn in Studien sind mittelalte Erwachsene (25 bis 60 Jahre) unterrepräsentiert, da diese, zum Beispiel durch Beruf und Familie, weniger Zeit für Forschung haben. Wir wissen aber, dass der Abbau teilweise schon mit 50 Jahren beginnt. Außerdem haben Studien gezeigt, dass das Nachlassen der Gedächtnisleistung auch mit der Pensionierung zusammenhängt. Es gibt natürlich auch genetische Faktoren, die einen Abbau des Gedächtnisses begünstigen, aber das ist zeitlich schwieriger einzuordnen.

FORUM: Helfen denn dann zum Beispiel Kreuzworträtsel, um das Gedächtnis zu trainieren?

Kreuzworträtsel als Gedächtnistraining?

Kuhlmann: Kreuzworträtsel bringen weniger als angenommen: Studien bei Älteren zeigen, dass man sich in der geübten Aufgabe verbessert, ansonsten sieht man wenige Transfereffekte. Allerdings ist es faszinierend, dass ältere Erwachsene ihre Leistung in so einer kognitiven Aufgabe steigern können und vor allem, dass das semantische Gedächtnis noch so gut funktioniert. Was wirklich etwas bringt ist: Lesen, ins Theater gehen und längere Unterhaltungen führen. Oder zum Beispiel einen Einkaufszettel schreiben, aber im Supermarkt erstmal probieren, die Waren ohne den Zettel zusammenzusuchen und erst am Ende kontrollieren, ob man alles hat. Sich also selbst aktiv herausfordern.

FORUM: Kann man neben diesem Test etwas tun, damit das Gedächtnis auch im Alter noch gut funktioniert?

Kuhlmann: Positive Effekte auf das Gedächtnis haben vor allem Sport, eine mediterrane Ernährung und auch Optimismus: Studien haben gezeigt, dass ältere Versuchspersonen besser abschnitten, wenn sie wussten, dass es sein kann, dass sie in der Aufgabe gut abschneiden. Umgekehrt führte eine negative Prognose zu einem schlechteren Ergebnis.

FORUM: Woran forschen Sie aktuell?

Kuhlmann: Wir erforschen aktuell, ob es einen Effekt bei älteren Erwachsenen hat, ob sie morgens oder abends lernen. In unseren Versuchen liegen zwischen Lernen und Test zwölf Stunden und gegebenenfalls Schlaf. Bisher konnten wir sehen, dass diejenigen besser abschneiden, die abends lernen und den Gedächtnistest am nächsten Morgen absolvieren. Gerade überprüfen wir, unter anderem mit Fitnesstrackern, womit genau diese verbesserte Leistung zusammenhängt.

Beatrice G Kuhlmann studierte Psychologie an der Universität Mannheim und promovierte 2013 in „Cognitive Psychology“ an der University of North Carolina in Greensboro (USA). Zurück in Deutschland, forschte sie zunächst an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, bevor sie einen Ruf auf eine Juniorprofessur für Kognitive Psychologie mit Schwerpunkt kognitives Altern an ihrer Alma Mater in Mannheim annahm. Seit 2018 ist sie Leiterin der Emmy Noether Nachwuchsgruppe „Source Forgetting in Younger and Older Adults“ und seit 2020 Professorin.

Interview: Luisa Gebhardt

Foto: © K. Glueckler

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Uni Mannheim.

Der Autor studierte in den 70er Jahren Organisationspsychologie, BWL und Kybernetik an den Unis Heidelberg, Mannheim, Stockholm und Uppsala. Er ist Alumnus der Uni Mannheim.

●WHA

Science ist meins

ZDF-Wissenschaftsjournalistin Mai Thi Nguyen-Kim und Komikerin Carolin Kebekus haben einen TV-Auftritt hingelegt ...

https://www.zdf.de/show/mai-think-x-die-show/science-is-meins-100.html

...der sich in Deutschland derzeit auf „die Wissenschaft“ beruft.
Dr. Mai Thi Nguyen-Kim ist promovierte Chemikerin, Wissenschaftsjournalistin sowie Mitglied im Senat der Max-Planck-Gesellschaft und demonstriert insbesondere mit der Zeile „Querdenker verlängern die Pandemie“ was sie unter Wissenschaft versteht.

„Wissenschaft“ ist in Deutschland ein Schlagwort geworden, mit dem Abweichler in die Enge gedrängt und zum Sündenbock gemacht wurden, ohne dass die Ausgrenzer mit wissenschaftlicher Vernunft, die im Zweifel für den Zweifel ist, tatsächlich etwas am Hut hätten.
Die Frage ist also: Ist das noch Wissenschaft oder schon Framing?

Rentenerhöhung 2023

Der Rentenversicherungsbericht blickt auch immer voraus auf die anstehende Rentenanpassung. Diese wird zum 1. Juli 2023 nach den Modellrechnungen rund 3, 5 Prozent (West) und gut 4,2 Prozent (Ost) betragen. Bis zum Jahr 2036 steigen die Renten um insgesamt knapp 43 Prozent. Dies entspricht einer durchschnittlichen Steigerungsrate von 2,6 Prozent pro Jahr.

Die Renten in Ost und West werden mit dem Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz vollständig angeglichen. Die Angleichung der Rentenwerte hat am 1. Juli 2018 begonnen und wird zum 1. Juli 2024 abgeschlossen sein. Derzeit liegt der aktuelle Rentenwert Ost bei 98,6 Prozent.

Für die tatsächliche Rente ausschlaggebend ist vor allem die Summer der im Laufe eines Arbeitslebens gesammelten Entgeltpunkte.

www.Bundesregierung.de

Die Bundesregierung

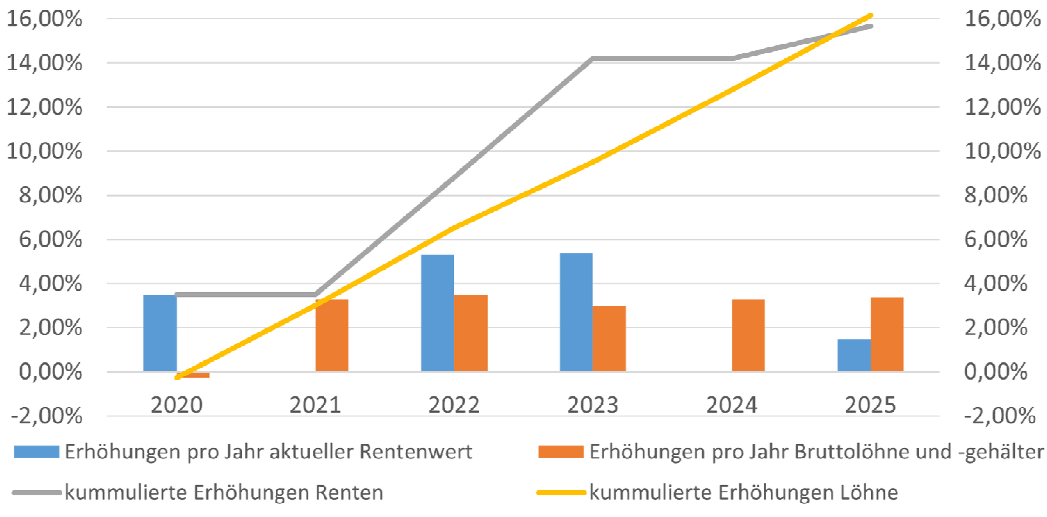
Renteninfo

Endlich
ist man versucht zu sagen, wenn man die Nachricht hört, dass nun auch der Kapitalmarkt für die langfristige Finanzierung und Sicherstellung der Renten eingesetzt werden soll. Das hätte schon längst erfolgen können und sollen. Die skandinavischen Länder machen es uns seit Jahren mit großem Erfolg vor.
10 Milliarden Euro sollen anfänglich jedes Jahr in diesen Fonds fließen. Das klingt nach viel Geld. Aber wenn mit einem solchen Fonds wirklich etwas nachhaltig und spürbar erreicht werden soll, wäre jedes Jahr ein wesentlich größerer Betrag notwendig, Experten sprechen von 30–40 Milliarden Euro jährlich. Aber wichtig ist, dass man damit überhaupt anfängt.

Und man sollte sich irgendwann auch darüber Gedanken machen, ob es nicht möglich ist, einen Teil der Rentenbeiträge ebenfalls in diesen Fonds fließen zu lassen. Vielleicht kann man dafür den notwendigen Spielraum gewinnen, wenn es gelingt, die Zahl der Beitragszahler durch Aufnahme von Freiberuflern und Beamten zu erhöhen. Das österreichische Modell.

Nebenbei bemerkt, der Staat schießt derzeit bereits 100 Milliarden Euro jährlich bei der Rentenversicherung zu und das mit wachsender Tendenz !
Natürlich gibt es auch gleich wieder warnende oder gar ablehnende Stimmen,
nach dem Motto, mit der Rente spielt und spekuliert man nicht.
Aber das ist ein falsches Argument, denn es handelt sich dabei nicht um Spekulation, weil es um eine sehr langfristige Geldanlage in soliden und sicheren Aktiengesellschaften geht (meist wahrscheinlich um DAX – Unternehmen), die jährlich einen ansehnlichen Ertrag in Form einer Dividende bringt.
Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass dabei die durchschnittliche jährliche Rendite bei drei bis vier Prozent und mehr liegt. Außerdem sind langfristig auch Kursgewinne zu erwarten. Das zeigt der Blick auf die Kursentwicklung der letzten Jahrzehnte. Letztlich sind damit insgesamt langfristig jährliche Renditen von 5 % und mehr zu erwarten. ●HPG

Abbildung 1: Renten- und Lohnentwicklung 2020 bis 2025



www.dgb.de

Buchbesprechung

„Naturraum Schurwald“

Dr. Manfred Hennecke hat im Dezember 2022 das dritte Buch der Reihe „Naturraum“ herausgegeben. Nach Berglen und dem Remstal ist nun der Schurwald an der Reihe. Der Schurwald ist eine Hügellandschaft die sich östlich von Stuttgart bis zum Vorland der Schwäbischen Alb erstreckt. Er zeichnet sich durch hohe landschaftliche Vielfalt und ein hohes landschaftsästhetisches Potenzial aus.

Die Natürlichkeit der Landschaft ist hoch und Eigenartsverluste durch technische Elemente sind bisher gering. So befinden sich hier große Flächen an FFH-Gebieten, fünf Naturschutzgebiete, zahlreiche flächenhafte Naturdenkmale und große zusammenhängende Waldflächen.

Das Buch ist ein umfassendes Grundlagenwerk, damit man versteht, wie der Naturraum sich gebildet hat und wie er sich heute präsentiert. Es beinhaltet eine zusammenfassende Darstellung des Schurwaldes in vier Kategorien:

- Geologie und die damit verbundene Flussgeschichte, die zur Entstehung des Schurwaldes führte,
- Vegetation mit Flora (Pflanzen), Fauna (Tiere) und Funga (Pilze),
- Siedlungs- und Kulturgeschichte: Der Einfluss des Menschen besteht seit der Jungsteinzeit. Die Interpretation der Geschehnisse innerhalb der jeweiligen Epochen erfolgt anhand der Klimageschichte. Das Klima ist der dominierende Faktor auf unserem Planeten.
- Windkraftausbau: Die Landesregierung Baden-Württemberg sieht auf dem Schurwald ein Potenzial für bis zu 80 Windkraftanlagen. Durch den geplanten Ausbau der Windkraft würde dieser Natur- und Erholungsraum eine dramatische Industrialisierung erfahren.

Schon die ersten drei Kategorien Geologie, Vegetation und Siedlungsgeschichte machen das Buch zu einem einzigartigen Werk, denn in dieser umfassenden Form gibt es noch keine Darstellung des Schurwaldes.

Politische Brisanz erhält das Buch durch das Kapitel Windkraft. Als „Anwälte des Naturraums“ setzen sich zwei Gastautoren kritisch mit der Energiewende und dem Windkraftausbau auseinander. Die Autoren zeichnen eine Chronologie der Windkraftplanung in der Region Stuttgart, die begonnenen, aufgegebenen und realisierten Windkraftprojekte, aber auch den Widerstand der Bevölkerung.

Der Leser erfährt eine Menge gut recherchierter Fakten. Im Gegensatz zu den Hochglanzprospekten von Regierung und Windkraftindustrie werden hier die Probleme der Umsetzung der Energiewende vor Ort beschrieben – zahlreiche Überraschungen inklusive.

Besonders Politikern sei dieses Kapitel empfohlen, denn hier bekommen sie die Realität zurückgespiegelt.

Das Lesen lohnt sich sowohl für Befürworter als auch Gegner der Windkraft.

Das Kapitel ist sachlich geschrieben, über einige rhetorische Zuspitzungen kann man hinwegsehen. So könnte dieses Buch auch eine Basis bilden auf der beide Seiten wieder zu einem Dialog kommen könnten.
Das Buch „Naturraum Schurwald“ ist mehr als ein Naturkundebuch, sondern es wird auch die politische Diskussion zum Ausbau der Windkraft bereichern – auch über den Schurwald hinaus.

Prädikat: Lesenswert

Naturraum Schurwald:
192 Seiten, fest gebunden, reich bebildert mit Farbfotos von Pflanzen, Pilzen, Tieren und Habitaten, dazu zahlreiche Karten und Illustrationen.

Herausgegeben von Dr. Manfred Hennecke, Naturschutzwart und Verfasser zahlreicher naturkundlicher Schriften.

ISBN: 978-3-948138-12-7
Das Buch kann direkt beim Hennecke-Verlag bezogen werden: http://verlag-hennecke.de/. Bestellung per Mail: dr.manfred.hennecke@gmail.com. Bestellungen liefert der Verlag per Rechnung frei Haus. (Nicht im Online-Buchhandel erhältlich). ●WHA

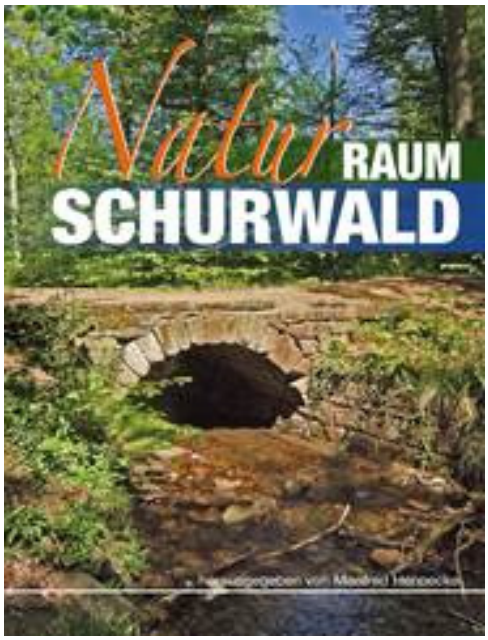


BILD Zara Riffler 18.01.2023

Jetzt platzt der grüne Traum von Claudia Roth (67), Preußen zu streichen!

Erst benannte die grüne Außenministerin Annalena Baerbock (42) das berühmte Bismarck-Zimmer im Auswärtigen Amt um – der Name „Bismarck“ musste verschwinden.

► Nun plant die grüne Kulturstaatsministerin Claudia Roth „Preußen“ aus Deutschlands „Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK)“ zu streichen. Die Stiftung gibt es seit 1957, zahlreiche Museen und Kultureinrichtungen sind unter ihrem Dach gebündelt.
Um Preußen aus dem Stiftungsnamen zu verbannen, müsste Roth das Stiftungsgesetz ändern. Darüber müsste erst im Kulturausschuss abgestimmt werden, wofür die Grünen-Politikerin wiederum die Stimme ihres gelben Ampel-Partners für den Koalitions-Konsens bräuchte.
Aber: Die Liberalen machen dabei nicht mit!

Pressestimmen

Preußische Allgemeine

Wochenrückblick
Hans Heckel

04.02.2023

Verfluchte Schweden!

Wie Stockholm Nancy Faesers Heuchelei entlarvt und wie schön es sich als EU-Parlamentarier lebt.

Das muss man erst mal hinkriegen. Mit deutlichen Worten erhitzt sich Bundesinnenministerin Nancy Faeser über den Messerstecher von Brokstedt, der ein junges Paar, 17 und 19 Jahre, brutal getötet hat. „Wie konnte es sein, dass ein solcher Täter noch hier im Land war?“, will die SPD-Politikerin im Hinblick auf den mehrfach vorbestraften Palästinenser wissen. Ja, wie konnte es nur?

Vielleicht deshalb: Exakt zur selben Zeit, da sie sich so aufregt, sperrt sich die deutsche Ministerin gegen einen schwedischen Vorstoß auf EU-Ebene, der einen besseren Grenzschutz und eine konsequente Abschiebepraxis durchsetzen will. So wollen die Skandinavier die Länder, die ihre eigenen Bürger nicht zurücknehmen wollen, mit erschwerten Visa für die EU unter Druck setzen.

Das will Faeser aber ausdrücklich nicht: „Ich glaube, dass der Weg über Migrationsabkommen der bessere ist“, kontert Faeser, die natürlich genau weiß, dass solche Abkommen das Papier nicht wert sind. Seit wie vielen Jahren treibt Erdoğans Türkei, mit dem noch Kanzlerin Merkel ein Abkommen abgeschlossen hatte, Deutschland jetzt schon vor sich her?

Auch andere Regierungen des Orients und Afrikas gähnen nur noch müde, wenn die Deutschen um Rücknahme ihrer Staatsbürger betteln.
Denn in Wahrheit wissen sie alle, dass Faeser und Co. ihre heimlichen Verbündeten sind, die nur so tun, als gefiele ihnen die Nichtrücknahme nicht: Die Drittweltländer schieben soziale Lasten gen Norden ab und die Multikultis hier bei uns freuen sich über jeden Neuankömmling – damit es hier „richtig bunt wird“, wie es der Mittelmeer-Schlepper Axel Steier so bildhaft ausdrückte (die *PAZ* berichtete). Mit ihren „Migrationsabkommen“ will Faeser den Herkunftsstaaten dieses stillschweigende Einverständnis am liebsten schriftlich geben.

Da kam Brokstedt jetzt irgendwie ganz blöde dazwischen. Das grauenvolle Verbrechen stört die übliche Taktik, denn die geht so: Wenn mal wieder jemand von einem Täter niedergemessert wurde, der nach jeder Art von Rechtsverständnis und gesundem Menschenverstand gar nicht mehr im Lande sein, oder besser: niemals hätte hereingelangen dürfen, ist erst einmal große „Betroffenheit“ und Empörung angesagt, siehe oben. Dann sind „die Gefühle bei den Angehörigen“, und der Täter muss sich auf die „ganze Härte des Rechtsstaats“ gefasst machen.

Das Gedröhn zieht man eine kurze Weile durch, bis die Bluttat aus den Schlagzeilen verschwunden ist. Danach gehen Faeser und die Ihren wieder daran, wie man die Grenzen noch durchlässiger, Abschiebungen noch unmöglicher und Deutschland noch anziehender machen kann für Einwanderungswillige aus den heikelsten Regionen der Welt.

Pressestimmen

Dass die Schweden ausgerechnet jetzt vorpreschen und damit die Heuchelei unserer Genossin Faeser auffliegen lassen, müssen wir daher als Akt größter Unkollegialität verurteilen. Hätten die nicht warten können, bis Brokstedt lange genug her ist, damit die oben beschriebene Rezeptur wieder greift?

Zumal die deutsche Asyllobby unter dem Banner höchster Moral segelt. Aus welchem Holz dieser moralische Hochsitz geschnitzt ist, hat uns schon 2019 die „Sea Watch"-Kapitänin Carola Rackete wissen lassen. Sie forderte, dass Deutschland alle Menschen aufnehmen solle, die sich seinerzeit in Libyen angesammelt hatten, mehr als eine halbe Million. Und danach sollten weitere Millionen Zugang zu Deutschland bekommen. Auf ihre eigenen Zukunftspläne hin angesprochen ließ Frau Rackete indes verlauten, dass sie eines Tages nach Chile oder Kasachstan auszuwandern gedenke, weil ihr in Deutschland schon zu viele Menschen auf zu engem Raum lebten. Mal sehen, was Nancy Faeser mit dem Rest ihres Lebens so vorhat.

Zu Hause könnte es jedenfalls ungemütlich werden für die Ministerin. Zwölf Bürgermeister und Kreistagschefs des Main-Taunus-Kreises, den Faeser im Bundestag vertritt, fordern in einem Brandbrief an Bundeskanzler Scholz genau das, was sie und die SPD gerade nicht wollen: Genauere Überprüfung von Einreisenden, ob sie überhaupt unsere Hilfe benötigten, aktive Rückführung unrechtmäßig Eingereister und „keine weiteren Anreize, sich aus wirtschaftlichen Gründen auf den Weg in Bundesrepublik zu machen". Mitunterzeichner ist auch der Bürgermeister von Faesers Heimatort Schwalbach, der wie sie in der SPD ist.

Warum diese Leute sich so aufregen?
Weil einem weiter unten auf der politischen Pyramide schneller das Wasser in die Schuhe läuft, wenn die Asylflut so rapide steigt wie derzeit. Überall im Land funken Kommunen und Kreise SOS, weil sie nicht mehr wissen, wohin mit den hereinströmenden Neuankömmlingen.

Dass viele der stöhnenden Gemeinden sich zuvor selbst moralstolz dazu verpflichtet hatten, mehr Asylsucher aufzunehmen, als sie gesetzlich müssen, und nun erschrocken den „Zauberlehrling" geben, lassen wir hier mal weg.

Weiter oben auf den Sprossen der Macht fehlt jedes Verständnis für das Gequake an der Basis, denn dort droben geht es einem richtig gold – und je weiter hinauf, desto paradiesischer wird's.

Das wird mittlerweile sogar dem linken Witzbold und Gründer der Satirepartei „Die Partei", Martin Sonneborn, zu bunt, der seit einiger Zeit im EU-Parlament sitzt. Der „Welt" hat er sein Herz ausgeschüttet über all die schönen Privilegien, die man in Brüssel genießt – und fängt gleich bei sich selber an:

Gut 7600 Euro netto im Monat, plus knapp 5000 Euro als „allgemeine Kostenvergütung", mit der er ebenfalls machen kann, was er will. Vielleicht für Mitarbeiter ausgeben? Nicht nötig, denn für „parlamentarische Assistenz" erhält er extra noch einmal fast 28.000 Euro pro Monat obendrauf.
Für jeden Tag, an dem sich Sonneborn und seine Kollegen in die Anwesenheitsliste des EU-Parlaments eintragen, erhalten sie zudem 338 Euro – egal, wohin sie nach der Eintragung gehen. Zudem können sie auf Steuerzahlerkosten jede Woche zu einem Ziel ihrer Wahl in der EU reisen, gerne auch in der Business Class.

Wir könnten denken: Mann, so gestopft sind die bestimmt wunschlos glücklich. Nicht ganz: Sonneborn berichtet, wie Parlamentspräsidentin Roberta Metsola beteuert habe, alle als Parlamentschefin erhaltenen Geschenke ordnungsgemäß an die Verwaltung des Hauses gemeldet zu haben, wie es sich gehört. Nur Tage später habe sie aber 142 Geschenke bei der EU-Verwaltung angeben müssen, die sie offenbar nicht verraten hatte, darunter eine Goldmünze mit Palästinenserpräsident Mahmud Abbas drauf, eine frühantike zypriotische Skulptur und Sennheiser-Kopfhörer vom Deutschen Bundestag. Außerdem habe die Malteserin versucht, ihrem Schwager einen tollen Job als Kabinettschef zuzuschanzen.

Metsola ist offenbar nur die Spitze des Eisbergs. Da wird uns verständlich, warum die hohe Politik mit solcher Leichtigkeit auf unsere mickrigen Nöte herabblickt.

Redaktionsteam / Themen / Termine

Liebe Mitglieder und Freunde der LSI,

mit unseren Themen sind wir auf der Höhe der Zeit:

- Fokus auf **gesundheitsstärkende Faktoren**
- Fokus auf **Sicherheit und Prävention**
- Fokus auf architektonische **Wohnkonzepte, die nicht erst im Alter beginnen**
- Fokus auf **Lernkonzepte, die lebenslang gelten**
- Fokus auf **generationenübergreifende Lösungsansätze**
- Fokus auf **bürgerschaftliches Engagement**

Ihr Redaktionsteam

Redaktionsteam;

Dr. Wolfgang Allehoff (WHA)
Heidemarie Skudelny (SKY)
Dr. Kurt Sütterlin (KS)
Günther Hammer (GRH)
Klaus Kastner (KK)

Autoren dieser Ausgabe:
Frank Bantle LFB)
Wolfgang Baumbast (WB)
Hanspeter Gramespacher (HPG)

Gastbeiträge
Karl-Heinz Weinert (KHW)

Nächste LSI-Aktuell-Themen

1. **Bericht über den Senioren-tag**
2. **Lebenslanges Lernen aus LSI-Sicht**

Aufruf zur Mitarbeit:

Unser LSI-Aktuell kann nur so informativ sein, wie Sie — unsere Leser — aktiv an der Gestaltung mitarbeiten.
Bitte senden Sie Ihre Zuschrif-ten an unsere zentrale E-Mail-Adresse

Terminankündigungen:

- **1. Juli 2023 Liberaler Seniorentag im Landtag**
- **21. Juli Besuch des Musicals „Evita“ im Theater unter d. K.**
- **23. September 2023 LSI Mitgliederversammlung in Ludwigsburg mit Neuwahlen**

Informieren Sie sich auch auf un-serer Homepage.

Liberale Senioren Initiative Baden-Württemberg

Rosensteinstr. 22
70191 Stuttgart

info@liberale-senioren-bw.de

Inhalt

Schwerpunktthema Framing	Seite 1
Framing-Sprache in Politik und Medien	Seite 2 - 4
Transformation der Welt mit Framing?	Seite 5 - 7
TiÜV-geprüfte Pflegesachverständige	Seite 8
Bewegung ist Leben (LBV)	Seite 6/7
Heilkraft des Wassers (LBV)	Seite 8
Aline Groß und die Notrufnummer 112	Seite 9
Die FDP/DVP in Baden-Württemberg	Seite 10 - 11
Klimaschutz mit E-Fuels	Seite 12 - 13
Fitness für das Gehirn	Seite 14 - 15
Renteninfo	Seite 16
Naturraum Schurwals Buchbesprechung	Seite 17
Pressestimmen zur Politik	Seite 18 - 19
Terminankündigungen	Seite 20